

An

Herrn Rickers (Vorsitzender des Umwelt- und Agrarausschusses)

per mail an: umweltausschuss@landtag.ltsh.de

Stellungnahme des BUND SH im Umwelt- und Agrarausschuss am 08.03.23 im Landtag

Sehr geehrter Herr Rickers,
vielen Dank für die Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme.

Zur Lage der Wälder in Schleswig-Holstein

Schleswig-Holsteins Wälder sind derzeit, trotz zeitweilig gesunkener Grundwasserspiegel und Veränderung in der saisonalen Niederschlagsverteilung, noch glimpflich im Klimawandel davongekommen. Dies wird bei dem zu erwartenden weiteren Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur nicht so bleiben. Es mehren sich die Zeichen, dass die Resilienz von Wäldern in unseren Breiten abnimmt¹. Hierzu verweist der BUND vor allem auf die schriftliche Stellungnahme von Prof. Dr. Pierre L. Ibisch für den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit des deutschen Bundestages am 23.11.2020 (Ausschussdrucksache 19(16)503-C).

Ein Blick auf andere Bundesländer, wo bereits jetzt erste Wälder zu Kohlendioxidquellen geworden sind, zeigt, was den Schleswig-Holsteinischen Wäldern bevorsteht. Die übliche Bewirtschaftung nach traditionellen forstlichen Nachhaltigkeitskriterien mit den Auswirkungen auf Böden und Waldbinnenklima sowie die radikale Beseitigung der Klimawandelschäden durch Rodung und Pflügen des Waldbodens wirken - auch im Laubwald - wie ein Brandbeschleuniger für Klimawandelfolgen.

¹ Giovanni Forzieri et al. 2022: "Emerging signals of declining forest resilience under climate change" Nature volume 608, S. 534–539

Der Klimawandel stellt die heutige Forstpolitik vor neuartige Herausforderungen:

- Tempo, Ausmaß und Folgewirkungen des Klimawandels auf vom Menschen veränderte Ökosysteme sind nicht seriös vorhersehbar. Heutige Entscheidungen in der Waldpolitik stehen infolge langfristig wirkender Festlegungen unter erheblicher Unsicherheit und einem hohem Risiko von Fehlentscheidungen.
- Das Ökosystem Wald, im gesunden Zustand ein wirksamer Helfer gegen den Klimawandel und seine Folgen, droht durch den Klimawandel zu einem Beschleuniger desselben zu werden. Eine vorausschauende Neuausrichtung der Waldbewirtschaftung muss darauf abzielen, die Risiken zu minimieren, dass Wälder zu Kohlendioxidquellen werden.

Vor diesem Hintergrund...

- muss die Stärkung bzw. Wiederherstellung der Anpassungsfähigkeit und der Widerstandsfähigkeit (Resilienz) des Ökosystems Wald gegenüber dem Klimawandel im Zentrum aktueller und zukünftiger Forstpolitik stehen. Die bisherige vorrangige Ausrichtung der Forstpraxis auf die Funktion des Waldes als Rohstofflieferant ist angesichts des großflächigen Absterbens standortfremder Kunstforste - schon nach nur wenigen Jahren erkennbaren Klimawandels - gescheitert. Die Reduzierung der Anpassungsstrategie auf die Suche nach klimaresistenten Baumarten und -mischungen greift zu kurz.
- ist eine Neuausrichtung der rechtlichen Grundlagen sowie eine Reform der Entscheidungsgremien in der Forstverwaltung mit stärkerer Einbindung waldökologischen Sachverständigen aus Wissenschaft und aus gesellschaftlichen Gruppen sowie eine höhere Entscheidungstransparenz dringend erforderlich.

Der BUND SH sieht dazu folgende Erfordernisse:

Vorbemerkung

Die praktische Umsetzung eines klimaökologisch nachhaltigen Umgangs mit dem Wald wurde von verschiedenen deutschen Waldwissenschaftlern und vom Bundesamt für Naturschutz bereits hinreichend ausgeführt ²

² z.B.

Flade, M. & S. Winter: "Naturnahe Wälder und naturnahe Forstwirtschaft im Klimawandel", NuL 1/2021

BfN 2020: Wälder im Klimawandel - Steigerung von Anpassungsfähigkeit und Resilienz durch mehr Vielfalt und Heterogenität http://www.lnv-sh.de/data/2020_BfN-Positionspapier_Waelder_im_Klimawandel_bfn

Deshalb möchte der BUND SH sich hier vor allem auf die dafür notwendigen Voraussetzungen in Forstpolitik und -verwaltung konzentrieren:

- Novellierung des Landeswaldgesetzes u.a. mit ...
 - verbindlichen und kontrollierbaren waldökologischen Mindestkriterien für die „gute forstliche Praxis“,
 - Beschränkung forstlicher Eingriffe in NATURA 2000- und Naturschutzgebietswaldflächen auf Schutzziel-fördernde Maßnahmen in Abstimmung mit den Naturschutzbehörden und mit verpflichtender Umweltverträglichkeitsprüfung für Forstplanungen (u.a. Forsteinrichtung),
 - Verbot von Windenergieanlagen in Waldgebieten aufgrund des geringen Waldanteils im Land.
- Neufassung der veralteten Betriebsanweisung Waldbau der SH-Landesforst von 2011 im Sinne einer Ökosystem-bzw. an natürlichen Prozessen orientierten Waldentwicklung,
- Bewirtschaftung des Landeswaldes nach Naturland-Standard mit Zertifizierung,
- Überarbeitung der Richtlinie für die Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen von April 2017 im Sinne der Förderung von Waldbegründungen mit ausschließlich standortheimischen Baumarten, der Begrenzung des Waldwegebbaus und dem Schutz von Feuchtflächen,
- Ausweisung und Stilllegung von zwei Prozent Wildnisflächen gemäß den Zielen und Anforderungen der nationalen Biodiversitätsstrategie mit mindestens einem zusammenhängenden Waldgebiet größer 1000 ha (Landesforst Hahnheide bei Tritttau),
- Beteiligung der Umweltverbände mit einem Sitz im Verwaltungsrat der Anstalt SH Landesforsten (bisher nur Politik und Wirtschaft),
- Überführung der Anstalt SH Landesforsten in eine Landesstiftung mit der vorrangigen Zielsetzung ökosystemorientierte Waldentwicklung und Förderung der waldspezifischen Biodiversität sowie einem paritätisch aus Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftsvertretern zusammengesetzten Entscheidungsgremium (Kuratorium),
- Alternativ: Zusammenlegung der Stiftung Naturschutz SH und der Anstalt SH Landesforsten als eine neue gemeinsame Landesstiftung mit dann ca. 100.000 ha Flächenbetreuung sowie der erweiterten Zielsetzung Vernetzungen von Wäldern und anderer naturnaher Landschaftselemente,
- Novellierung des Landesjagdgesetzes bezüglich der Anforderungen ökosystemorientierter Waldentwicklung und des Natur- und biologischen Klimaschutzes.

Der BUND SH ist sehr gerne bereit, die schleswig-holsteinische Waldpolitik mit ihren Prozessen weiterhin intensiv und fachlich zu begleiten und auch bei Maßnahmen und Projekten die mögliche Unterstützung zu geben.